

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Wir müssen unser Steuersystem ausrichten auf:

- ▷ **Zukunft**
- ▷ **Wachstum**
- ▷ **Arbeitsplätze und**
- ▷ **die Erhaltung
unseres Sozialstaats**

- **Rede des Bundesfinanzministers
auf dem Zukunftsforum
„Steuerpolitik des 21. Jahrhunderts“
am 30. September in Bonn**

Steuerpolitik für das 21. Jahrhundert – mit dem Thema dieser Veranstaltung wollen wir den Blick weit nach vorne richten. Was wir heute tun können – ja tun müssen – ist: **Die Weichen richtig stellen**, die zukunftsweisenden Entwicklungslinien vorzeichnen! Wir müssen auf die sich abzeichnenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereitet sein.

Historisches Vorbild

Seit es Steuern gibt, gibt es die Forderung nach Steuerreformen. (Bibel/Antike)

Die erste große Steuerreform in Deutschland liegt gut 100 Jahre zurück. Mit der **Miquelschen Steuerreform wurde 1890** in Preußen die progressive Einkommensteuer eingeführt. Der progressive Steuersatz endete bei 4 Prozent.

Eine weitere große Reform folgte 1920. Die **Erzbergersche Steuerreform** vereinheitlichte und systematisierte das Steuerrecht.

Die Steuerpolitik seit 1945 wurde von Persönlichkeiten der Union entscheidend geprägt:

- Fritz Schäffer und Franz Etzel legten den Grundstein für unser leistungsgerechtes Steuersystem. Der damalige Einkommensteuersatz (95 Prozent) wurde deutlich abgesenkt.
- In die Amtszeit von Franz Josef Strauß fiel die Einführung des europäischen Mehrwertsteuersystems.
- Gerhard Stoltenberg steht für die Einführung des linear-progressiven Steuertarif, das Herzstück der dreistufigen Steuerreform 86/88/90.

Heute müssen wir unser Steuersystem auf die Zukunft ausrichten, auf

- Wachstum
- Arbeitsplätze und
- Erhaltung unseres Sozialstaates

Es geht um Freiheit

Steuerpolitik gilt zu Recht als ein eher technisches Gebiet. Fachleute bestimmen die Diskussion, der Bürger ist skeptisch.

Als man einmal einen Besucher einer Richard-Wagner-Oper fragte, ob es ihm gefallen habe, sagte er: „Teils, teils – nicht gefallen hat mir die Musik.“ Das trifft ziemlich genau die derzeitige Diskussion über unser Steuersystem.

Hinter unserem Steuersystem stehen wichtige Fragen.

- Wie sichern wir Freiheit, Frieden und Demokratie?
- Wie bewahren wir unseren Wohlstand, die Soziale Marktwirtschaft?
- Wie gestalten wir den Standort Deutschland?
- Wie schaffen wir mehr Wachstum und Arbeitsplätze?

Auf diese Fragen müssen CDU und CSU Antworten geben. Wir haben dafür eine Basis: Unsere Wertordnung und Menschenbild.

Wir setzen auf den mündigen Bürger, auf die Entscheidungsfreiheit des einzelnen in einer Sozialen Marktwirtschaft. Wir stehen für Gemeinsinn und Solidarität.

Die deutschen Sozialdemokraten haben es immer noch nicht begriffen. 15 Jahre nach dem ökonomischen Desaster ihrer Politik in Deutschland, 7 Jahre nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaft in Mittel- und Osteuropa setzen die Genossen und ihre grünen Freunde unverdrossen auf mehr Staat:

- mehr Umverteilung,
- mehr Staatsausgaben,
- auf weitere Strangulierung der Wirtschaft durch Vorschriften, höhere Staatsschulden und noch mehr Steuern.

Die rot/grünen Rezepte in der Wirtschafts- und Finanzpolitik würden den Standort Deutschland in den Abgrund führen:

Der Chaos-Praktiker Joschka Fischer oder der Kommunist Gregor Gysi dürfen in Deutschland niemals bestimmen!

Globalisierung

Die Finanzpolitik bewegt sich heute in einem radikal veränderten Umfeld als noch vor 10 Jahren:

- Deutschland hat seine Einheit wiedergewonnen. Der Eiserne Vorhang ist zusammengebrochen. Freiheit, Marktwirtschaft und Demokratie haben in Mittel- und Osteuropa Fuß gefaßt.

- Unsere Wirtschaft hat große Zukunftschancen und Standortvorteile. Wir liegen vor der Haustür dieser Märkte. Es entsteht aber auch Konkurrenz für unsere Wirtschaft.

5 Kilometer hinter der deutsch-tschechischen Grenze wird mit einem Bruchteil unserer Lohn- und Lohnnebenkosten produziert. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese Unternehmen auch qualitativ aufgeholt haben.

Die Süd-Ost-Asiatischen Staaten sind auf dem Markt: Niedrige Kosten, große Qualitätssprünge haben diese Schwellenländer im internationalen Handel nach vorn gebracht. Jährliche Wachstumsraten von 10 Prozent sind keine Seltenheit.

Moderne Transport- und Kommunikationssysteme tun ein übriges. Mit einem Telefonanruf oder im Internet werden weltweit betriebswirtschaftliche Entscheidungen optimiert. Kapital wandert in Sekundenschnelle um die Welt. Die Globalisierung und der internationale Wettbewerb nimmt stetig zu.

Der Standort Deutschland ist immer noch gut, er hat auch in diesem neuen Umfeld alle Chancen, zu prosperieren, Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen. Im Zeichen der Globalisierung werden Fehler in Wirtschaft und Politik sofort bestraft. Neue Technologien, Innovationen und Investitionen sind der Schlüssel zur Sicherung der Zukunft.

Wir brauchen die Gentechnik, die Kerntechnik ebenso wie Wasserkraft und Solartechnologie. Wir brauchen den Transrapid, moderne Transport- und Kommunikationstechniken. Wir brauchen die Raumfahrtindustrie ebenso wie einen innovativen Mittelstand. Deutschland muß ein attraktiver Standort für die Spitzentechnologie von morgen sein.

Wir stellen uns dem internationalen Steuerwettbewerb. Ohne ihn ginge der Weltwirtschaft Wachstumsdynamik verloren.

Die Opposition bestreitet den Zwang zur grundlegenden Veränderung in Deutschland. Sie glaubt, die nationalen Standortprobleme durch das Verbot des Standortwettbewerbs zu lösen. Das ist blauäugig und ökonomisch falsch.

Die SPD setzt auf eine zutiefst rückschrittliche Politik. Sie begann einmal als eine Reform- und Modernisierungspartei. Heute ist sie eine Partei der Reformverhinderer und -verweigerer. Die SPD ist heute von Godesberg weiter entfernt als je zuvor.

Wo sind Sozialdemokraten mit Wirtschafts- und Finanzverstand, mit einem Sinn für globale Zusammenhänge ohne ideologische Scheuklappen? Wo sind Per-

sönlichkeiten wie Alex Möller, Karl Schiller, Helmut Schmidt, Hans Apel und Klaus von Dohnanyi?

CDU und CSU stehen für eine moderne Politik. Wir stehen für den Aufbruch ins 21. Jahrhundert.

Symmetrische Finanzpolitik

Ich komme heute morgen direkt aus Washington zu Ihnen. Ich habe die Herbsttagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sowie die Gespräche der G7-Gruppe früher als geplant verlassen, um heute bei Ihnen zu sein.

Die Tagung in Washington der G7 und des IWF zeigte Übereinstimmung mit der Auffassung von OECD und EU:

- Nachhaltiges und spannungsfreies Wachstum ist nur über eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik zu erreichen.
- Zur Konsolidierung und einer wachstumsfördernden Steuerpolitik gibt es keine ökonomisch vernünftige Alternative.
- Der Staat muß sich auf seine Kernaufgaben beschränken. In einer freiheitlichen Gesellschaft, einer Marktwirtschaft, steht die private Initiative im Mittelpunkt.

Engagierte Unternehmer und motivierte Arbeitnehmer sind das Fundament unserer Wirtschaftsordnung. Wir brauchen nicht mehr Bürokraten, wir brauchen mehr Unternehmer. Wir brauchen wieder Gründergeist, Menschen, die Risiken eingehen.

Die Symmetrische Finanzpolitik schafft dafür die nötigen Voraussetzungen. Konsequente Konsolidierungspolitik schafft den Raum für eine Rückführung der Staatsquote, der öffentlichen Defizite und der Steuer- und Abgabenlast.

So sinken im Haushalt 1997 die Ausgaben um 2,5 Prozent. Diese Durchbrechung des „Gesetzes der wachsenden Staatsausgaben“, das der Nationalökonom Adolph Wagner um die Jahrhundertwende formulierte, ist uns auch 1995 gelungen: davor zuletzt 1953 dem damaligen Finanzminister Fritz Schäffer.

Der Anteil des Bundeshaushalts am BIP beträgt 1997 12,5 Prozent. Das ist der niedrigste Wert seit 1954.

Das Ausgabenwachstums des Bundeshaushalts liegt bis zum Jahr 2000 im Durchschnitt unter 1 Prozent – deutlich unter der Wachstumsrate des BIP oder der Preissteigerungsrate. Real sinken die Ausgaben die nächsten Jahre weiter.

Zugleich kommen die notwendigen Strukturreformen voran. Im Bundestag ist der größte Teil der Sparmaßnahmen und Strukturreformen des „Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung“ endgültig verabschiedet worden. Mit Geschlossenheit hat die Koalition der Obstruktion eine Absage erteilt.

Ich weiß:

Nicht jede notwendige Maßnahme ist auch populär. Davor dürfen wir uns aber im Interesse der Sache nicht scheuen. Ich halte es mit Winston Churchill: „Wer die bessere Einsicht hat, darf sich nicht scheuen, unpopulär zu werden.“

Steuerpolitik

Eine mutige und zukunftsweisende Steuerpolitik steht im Mittelpunkt unserer wachstumsfördernden Symmetrischen Finanzpolitik.

Steuerreformen in anderen Ländern

Andere Länder machen es uns vor:

- In Dänemark ist der Körperschaftsteuersatz zwischen 1990 und 1992 von 40 auf 34 Prozent abgesenkt worden.
- In Finnland wurde 1993 die Steuerbelastung der Unternehmen gesenkt. Die Spitzensteuersätze der Einkommensteuer wurden reduziert, die Bemessungsgrundlage verbreitert.
- In Frankreich wurde 1993 die Einkommensteuer ermäßigt, eine Senkung der Unternehmensteuer ist für 1997 geplant. Bei der Einkommensteuer soll der Spitzensteuersatz auf 40 Prozent abgesenkt werden.
- In den Niederlanden wurde die Körperschaftsteuer schon bis 1989 von ursprünglich 48 auf 35 Prozent gesenkt. 1990 wurden die Spitzensteuersätze radikal gesenkt. Weitere Senkungen der Körperschaftsteuer stehen an.
- In Österreich wurden zum 1. Januar 1989 die Tarife bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer drastisch gesenkt. Seit dem 1. Januar 1994 ist die Gewerbesteuer und die Vermögensteuer – im betrieblichen und im privaten Bereich

– abgeschafft. Wie in den Niederlanden übrigens unter sozialdemokratischer Führung. Hier sollten die deutschen Sozialdemokraten noch einmal in die Lehre gehen.

- In den USA wurde zwischen 1987 und 1990 der Einkommensteuer-Spitzen-satz bis auf 28 Prozent gesenkt.

Wenn wir heute von einem „Job-Wunder“ in den USA oder in den Niederlanden sprechen, liegt das in den USA auch an Lohndifferenzierung, in den Niederlanden an mehr Teilzeitarbeitsplätzen. Die Steuersenkungen waren aber immer ein entscheidender Katalysator für Investitionen und Arbeitsplätze.

Attraktiver Standort unverzichtbar

- Wachstums-, leistungs- und investitionsfreundlich,
- standortsichernd und beschäftigungsfördernd,
- einfach, transparent und sozial gerecht.

Das sind unsere Leitsätze für eine Steuerpolitik in die Zeitenwende.

Ich brauche vor diesem fachkundigen Gremium die erfolgreiche Steuerpolitik seit Übernahme der Regierungsverantwortung nicht nachzuweisen.

Ich nenne nur einige Meilensteine:

- dreistufige Steuerreform 86/88/90 mit Einführung des linear-progressiven Tarifs
- Beginn der Unternehmensteuerreform mit dem Steueränderungsgesetz 1992 und dem Standortänderungsgesetz 1994.
- Mit dem Jahressteuergesetz 1996, der Neuregelung des Existenzminimums und dem neuen Familienleistungsausgleich haben wir insbesondere untere und mittlere Einkommen und Familien mit Kindern netto um etwa 15 Milliarden DM entlastet. In unserer Regierungszeit seit 1982 haben wir die familienpolitischen Leistungen auf rd. 70 Milliarden D-Mark mehr als verdoppelt.

Ertragsunabhängige Steuern abschaffen

Noch in diesem Jahr geht es jetzt um das Jahressteuergesetz 1997 und die dritte Stufe der Unternehmensteuerreform.

Die 3. Stufe der Unternehmensteuerreform in Verbindung mit einer Reform der Gemeindefinanzen muß endlich verwirklicht werden. Die Abschaffung der arbeitsplatzvernichtenden Gewerbekapitalsteuer hätte schon Anfang dieses Jahres der Konjunktur wichtige Impulse gegeben. Die SPD hat dies bislang verhindert.

Die Anhörung durch den Finanzausschuß des Deutschen Bundestages im Juni hat einmal mehr gezeigt: Unser Konzept ist schlüssig und wird von der Wirtschaft, den Gemeinden und der großen Mehrheit der Sachverständigen unterstützt. Ich appelliere an die SPD: Hören Sie endlich auf, Parteitaktik vor die wirtschaftliche Vernunft zu stellen.

Hohe direkte und niedrige indirekte Steuern sind auch ein Exporthemmnis. Ein solches Mißverhältnis ist exportfeindlich. So wird die Mehrwertsteuer beim grenzüberschreitenden Warenverkehr auf den Mehrwertsteuersatz des Bestimmungslandes heraufgeschleust. Die direkten – vor allem die ertragsunabhängigen – Steuern belasten hingegen die in Deutschland ansässigen Unternehmen.

Die Kurzsichtigkeit und Widersprüchlichkeit der SPD spricht für sich:

In den von Finanzminister Schleußer vorgelegten Eckwerten für eine Steuerreform wird eine völlige Abschaffung der degressiven Abschreibungsmöglichkeit erwogen.

Zur Teilfinanzierung der Unternehmensteuerreform lehnt die SPD bislang vehement eine maßvolle Senkung der degressiven Abschreibung für Ausrüstungsinvestitionen ab.

Potentielle Investoren werden durch die Sonderbelastung mit Substanzsteuern wie der Gewerbekapitalsteuer und der Vermögensteuer abgeschreckt.

In Österreich werden Vermögensteuer und Gewerbesteuer nicht mehr erhoben. In Luxemburg soll die letzte mit unserer Gewerbekapitalsteuer vergleichbare Steuer zum 1. Januar 1997 fallen.

Demgegenüber wird in Deutschland von der Opposition im Deutschen Bundestag erwogen, die Vermögensteuer noch zu erhöhen. Die Vermögensteuer wird für die SPD mehr und mehr zur „Unvermögensteuer“.

Hier wird der Sozialneid als Argument gebraucht. Es ist ein Armutszeugnis der Opposition, ein Griff in die Mottenkiste des Sozialismus.

Die Wissenschaft spricht von einer „Doppelbesteuerung“. Das Bundesverfassungsgericht hat klipp und klar verdeutlicht, wo nach unserem Grundgesetz Schluß mit der Besteuerung ist – bei niedrigen, wie bei hohen Einkommen. Das Ergebnis wäre eine Vermögensteuer, die gerade von mittleren Einkommen erhoben werden müßte. Das kann nicht unser Ziel sein.

Aus Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft habe ich die klare Erkenntnis gewonnen: Für die Investitionen ist die Entlastung bei ertragsunabhängigen Steuern genauso wichtig wie die Senkung der Ertragsteuersätze.

Ertragsunabhängige Steuern verhindern die Schaffung neuer, innovativer Produktionsanlagen. Sie können zur Substanzbesteuerung führen, erhöhen die Krisenanfälligkeit und erschweren die Eigenkapitalbildung der Unternehmen. Diese Steuern haben im Zeichen des internationalen Wettbewerbs eine fatale Wirkung für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Inland.

Kapitalbildung muß im Inland, nicht um uns herum im Ausland stattfinden.

Die Gewerbekapitalsteuer belastet nicht nur Großbetriebe, sondern auch viele Mittelständler. Ihr Wegfall hätte eine große Breitenwirkung.

Der Wegfall der komplizierten Bewertungsvorschriften ist auch ein Schub zur Deregulierung. Tausende von Finanzbeamten könnten sich anderen, wichtigeren Aufgaben zuwenden.

Wir halten an unserem Ziel fest:

- die Substanzsteuerbelastung muß mit Verzicht auf Vermögensteuer und Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer soweit wie möglich beseitigt werden.
- In den neuen Ländern wollen wir diese Steuern erst gar nicht einführen.

Einige Köpfe der SPD, Ministerpräsidentin Simonis, Ministerpräsident Beck oder Bürgermeister Voscherau haben Gesprächsbereitschaft signalisiert. Ich bin bereit, über Vorschläge offen zu reden, auch über Vorschläge, den Finanzausfall der Länder teilweise auszugleichen. Einen Teilausgleich des Wegfalls der privaten Vermögensteuer haben wir ja bei der Erbschaftsteuer vorgesehen.

Ich sage es aber hier deutlich:

Wenn die SPD sich nicht bewegt, fällt die Vermögen- und Erbschaftsteuer Ende dieses Jahres weg. Das bedeutet einen Einnahmehausfall von 13 Mrd. DM für die Länder. Dies können die Länder nicht wollen.

Den Durchbruch schaffen

Große Steuerreformen sind schon viele angekündigt worden. Aber diesmal geht es nicht um eine Etappe – diesmal geht es um den entscheidenden Durchbruch.

Alles muß weg, was die Steuerbasis aushöhlt und den Steuerehrlichen zum Steuerdummen macht.

Steuergesetze sind gewachsene Gebilde: Über die Zeit sammelt sich eine Vielzahl von Regelungen an, die im Einzelfall gut begründbar sind.

In der Summe entsteht jedoch Kompliziertheit und Steuerrückicht. Kompliziertheit „drückt“ schließlich auf die Steuermoral, sie fördert nicht Steuergerechtigkeit, sondern Steuerclerverneß.

Die Vorstellung, mit hohen Steuersätzen ein hohes Steueraufkommen zu erzielen, ist widerlegt. Bereits die Wissenschaft zeigt mit der Diskussion um die berühmte „Laffer-Kurve“, daß Steuererhöhungen zu Einnahmeverlusten führen können.

Länder wie Großbritannien und die USA erzielen heute mit wesentlich niedrigeren Steuersätzen – gemessen am Bruttosozialprodukt – ein höheres Einkommensteueraufkommen als wir. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß ihr Sozialprodukt wegen der geringeren Steuersätze wahrscheinlich deutlich schneller gewachsen ist als unseres. So wurden in den USA Millionen von Arbeitsplätzen neu geschaffen.

Die Führungskräfte internationaler Konzerne sagen uns: Bei jeder großen Neuinvestition werden die Standorte nüchtern gegeneinander abgewogen. Wo in Europa investiert wird, ist wegen des gemeinsamen Absatzmarktes fast unbedeutend. Auch die Produktivität von neuen Anlagen ist überall gleich. Bei hochtechnisierter Produktion sind selbst die Arbeitskosten nicht ausschlaggebend. Wer jedoch mit hohen Steuersätzen kommt, hat von vornherein keine Chance.

Hohe Steuersätze sind ein rotes Tuch und ein Beschäftigungsprogramm für steuerberatende Berufe. Hunderttausende stecken ihr Geld in dubiose Abschreibungsmodelle. Andere beschäftigen kompaniesterke Steuerexpertentruppen.

Im Extremfall wandert das Geld in Koffern über die Grenzen. Wertvolle Ressourcen, Zeit und Geld werden in den Unternehmen darauf verwendet, die Steuerlast zu senken – statt in Innovationen zu investieren oder nach neuen Märkten zu suchen.

Eine wissenschaftliche Studie aus den achtziger Jahren zeigt: Der Anteil höherer Einkommen an der Gesamtsteuerlast nimmt mit niedrigen Steuersätzen zu. Weil der Druck der Suche nach Steuersparmodellen abnimmt.

Als Reaktion auf hohe Steuersätze werden Forderungen nach speziellen Steuervergünstigungen in die Politik getragen. Daraus entsteht ein Teufelskreis, der nur schwer zu durchbrechen ist. Eine fortschreitende Erosion der Bemessungsgrundlage und des Steueraufkommens ist die Folge.

Aus diesen Tatsachen müssen wir die Konsequenzen ziehen: Steuersätze runter, Bemessungsgrundlage verbreitern, vereinfachen!

Die Steuerreform gründlich vorbereiten

Inzwischen haben wir in Politik und Öffentlichkeit einen breiten Konsens über eine weitere Reform des Einkommensteuerrechts erreicht.

Die Steuerreform-Kommission beurteilt die bereits vorhandenen Reformvorschläge, zieht daraus eigene Schlußfolgerungen und entwickelt **Eckwerte, die wir Ende des Jahres vorlegen werden.**

Es macht keinen Sinn, jeden Tag „eine neue Sau durchs Dorf zu treiben“. Jede Steuerreform ist tot, wenn sie im Entstehen in Einzelteile zerlegt und von Interessengruppen verrissen wird.

Eckpunkte einer Reform

Einige Eckpunkte unserer großen Steuerreform möchte ich hier auf dieser Tagung vorstellen:

- Die Höchststeuersätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer sollen massiv nach unten gehen. 35 bis 40 Prozent ist die Bandbreite, mit der wir international konkurrenzfähig werden.
- Der Eingangssteuersatz von rund 26 Prozent muß ebenfalls spürbar sinken – vor allem, um den Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen.
- Zwischen diesen Eckpunkten muß die relative Steuerbelastung nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip möglichst gleichmäßig ansteigen – ob in mehreren Stufen oder linear wird noch zu entscheiden sein.

- Die Bruttoentlastung aller Tarifvarianten zwischen diesen Eckpunkten beläuft sich auf ca. 80 bis 90 Milliarden DM. Zusätzlich sind die Auswirkungen auf die Körperschaftsteuer, die Kapitalertragsteuer sowie der Solidaritätszuschlag zu berücksichtigen.
- Ein so gewaltiges Finanzierungsvolumen ist nur im Zusammenspiel der Finanzierungsalternativen: Nettoentlastung, Abbau von Steuervergünstigungen und Umschichtungen zu bewältigen.

Finanzierung

Absolute Priorität zur Finanzierung der Steuersenkungen muß die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage haben.

Das bedeutet harte Diskussionen. Viele von Ihnen werden sich an das erinnern, was im Vorfeld der Steuerreform 1990 unter den Stichworten „Arbeitnehmer-rabatte“ oder „Sonn- und Feiertagszuschläge“ ausgefochten wurde.

Damals ging es um 14 Milliarden DM Gegenfinanzierungsvolumen. Heute steht das Dreifache zur Diskussion.

Wir müssen deshalb Tarifsenkung und Abbau von Steuervergünstigungen eisern zusammenhalten.

Entscheidend ist, daß wir punktuelle Steuerentlastungen nicht mehr brauchen, wenn die Tarifbelastung nur noch 20, 30 oder 35 Prozent beträgt.

Draufzahlen werden jene, die legale Ausnahmebestimmungen genutzt haben, oder sich zu Lasten anderer an der Steuer vorbeigemogelt haben.

Wie sieht eine breitere Bemessungsgrundlage aus?

- Es geht um die breite Erfassung des handelsrechtlichen Gewinns ohne spezielle Sondervergünstigungen.
- Es geht um die breite Erfassung von Lohn- und Lohnersatzleistungen.
- Es geht um die künftige Steuerpflicht bisher steuerfreier Einnahmen – dort wo die Steuerfreiheit nicht nachhaltig begründbar ist.
- Es geht um die Überprüfung der steuerlichen Wirtschaftsförderung. Wir müssen zwischen der punktuellen Investitionsförderung und dem breiten Ansatz einer allgemeinen Steuersenkung für alle wählen. Das Gleichgewicht muß dabei stimmen. Wer wie die SPD Abschreibungen und Rückstellungen prak-

tisch auf Null bringen will, zieht den Unternehmen den Teppich unter den Füßen weg.

- Es geht um die Abgrenzung zwischen privaten und betrieblichen Aufwendungen beziehungsweise Werbungskosten. Hier gibt es Vorschläge, alles vom Abzug auszuschließen, was auch nur teilweise private Vorteile schafft.
- Es geht um die steuerliche Behandlung der privaten Altersvorsorge und Vermögensbildung – die wir wollen, aber auch dadurch fördern, wenn die Bürger durch niedrige Tarife mehr von ihrem Einkommen behalten.

Wer den Niedrig-Tarif wirklich will, darf bei der Verbreiterung der Steuerbasis keine Tabus kennen.

Vielfach werden zur Finanzierung der Steuerreform zusätzliche Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben gefordert.

In den kommenden Jahren werden Ausgabenkürzungen jedoch schon zur Begrenzung der Nettokreditaufnahme und zur Erreichung der Maastricht-Kriterien notwendig sein.

Wir müssen deshalb die Steuerreform in die Finanzplanung einpassen. Zur Zeit steht für das Jahr 1999 ein Staatsdefizit von 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in dieser Planung. Im Jahr 2000 sind es $1\frac{1}{2}$ Prozent.

In Dublin haben wir im Kreis der Finanzminister und Notenbankpräsidenten den Durchbruch beim Stabilitätspakt für Europa erreicht.

Zur geforderten strengen Einhaltung der Maastricht-Kriterien müssen wir Werte von $1\frac{1}{2}$ oder 2 Prozent in Zukunft deutlich unterschreiten. Der Stabilitätspakt schreibt mittelfristig in der wirtschaftlichen Normallage ein ausgeglichenes Budget vor.

Wenn wir unsere Wachstumspolitik konsequent verfolgen, gibt es Entlastungsspielräume. 1 Prozent mehr Realwachstum senkt die Defizite um einen halben Prozentpunkt – das sind rund 18 Milliarden DM. Wenn die Investitionen jetzt anziehen und die Konjunkturbelebung zu einem dauerhaften Wachstums-Hoch ausreift, können wir bis 1999 Netto-Steuersenkungsspielräume gewinnen.

Wir haben bei der Steuerreform 1986 bis 1990 die wichtige Erfahrung gemacht: Ein in sich geschlossenes steuerliches Konzept entfaltet frühzeitig Wachstumsimpulse, auch wenn es erst in mehreren Stufen in Kraft tritt. Über diese Option sollten wir deshalb reden. Sie kann uns helfen, Entlastungserwartungen und finanzielle Spielräume aufeinander abzustimmen.

Allerdings; eine Staffelung muß auch die Gegenfinanzierung einschließen.

20 oder 30 Milliarden DM Nettoentlastungsvolumen sind realistische Größenordnungen, um für Unternehmen und für Arbeitnehmer spürbare Verbesserungen zu erreichen.

Auf Hasardeur-Spiele lasse ich mich nicht ein. Wer ungedeckte Konzepte vorlegt und meint, die Lücken schließt der Finanzminister, disqualifiziert sich.

Erst wenn wir Klarheit über die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und über die Nettoentlastungsvolumina haben, können Überlegungen angestellt werden, ob eine Umschichtung von den direkten hin zu den indirekten Steuern notwendig ist.

Direkte Steuern belasten das gesamte Einkommen, auch die Ersparnis. Sie bremsen die Leistungsmotivation und die Investitionsbereitschaft und wirken als „Wachstumsbremse“. Ihr Anteil am Steueraufkommen muß weiter zurückgeführt werden. Das sollte vor allem durch die Senkung der direkten Steuern geschehen!

Durch die Maßnahmen des Jahressteuergesetzes 1996 ist der Anteil der direkten Steuern am Gesamtsteueraufkommen immerhin auf knapp 53 Prozent gesunken.

Zu diesem Ergebnis kommt auch die IWF-Stabsstudie „United Germany: The first five Years“ sowie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem letzten Jahresgutachten.

Steuervereinfachung

Ein wichtiger Aspekt bei der Neugestaltung der Bemessungsgrundlage ist die Steuervereinfachung. Das Steuerrecht muß für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung transparenter werden.

In der Steuererklärung von Ludwig van Beethoven, die er 1818 in Wien abgab, finden wir einen einzigen Satz: „Der Unterzeichner genießt eine Einnahme von jährlich 1500 Talern und hat sonst nichts, wovon er Steuern zahlen müßte.“

So einfach wird es leider auch in Zukunft nicht sein. Es wird auch 1999 kein Einkommensteuergesetz auf zwei Seiten geben. Wir brauchen deshalb auch keinen Sozialplan für Steuerberater. Aber jeder private Steuerzahler sollte wieder in der Lage sein können, seine steuerlichen Verhältnisse selbst zu ordnen und zu überblicken.

Die Finanzverwaltung muß von überflüssigem Ballast befreit werden, damit sie wirksam über die Einhaltung der Steuergesetze wachen kann. In einem demokratischen Rechtsstaat haben Gesetze nur eine Daseinsberechtigung, wenn sie gegenüber allen Bürgern konsequent und gerecht durchgesetzt werden können.

Nicht alles, was zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage vorgeschlagen wird, bedeutet allerdings Vereinfachung für die Bürger.

Manches was der Besteuerung nach der finanziellen Leistungsfähigkeit entspricht und zu mehr Steuergerechtigkeit führt, würde das Steuerrecht wieder komplizierter machen. Wir sollten uns deshalb vor bürgerfeindlichem Perfektionismus hüten.

Weitgehendes Einvernehmen besteht, die steuerliche Gemeinnützigkeit nicht anzutasten und in diesem Zusammenhang auch den Sonderausgabenabzug der Kirchensteuer zu belassen.

Beim Familienleistungsausgleich, den wir im vergangenen Jahr im Jahressteuergesetz 1996 völlig neu strukturiert haben, und den damit zusammenhängenden Fragen des Unterhaltsrechts sollten wir nicht schon wieder alles ändern.

Zeitpunkt

Die Steuerreform wird zum 1. 1. 1999 in Kraft treten. Dies ist Beschlußlage in der Koalition. Forderungen nach einem früheren Inkrafttreten mißachten den notwendigen parlamentarischen Entscheidungsbedarf.

Der Weg ins 21. Jahrhundert

Wir stehen gut 3 Jahre vor der Zeitenwende in das nächste Jahrtausend.

Was hat uns das 20. Jahrhundert gebracht? Kriege, Wirtschaftskrisen, Geldentwertung, Trauer und Leid, schließlich die lange Teilung unseres Vaterlandes.

Nach 1945 haben wir unter der Führung von CDU und CSU eine freiheitliche Demokratie und die Soziale Marktwirtschaft aufgebaut. Mit Erfolg.

Am Ende dieses Jahrhunderts gehört Deutschland zu den Gewinnern der Geschichte.

Am Ende dieses Jahrhunderts hat Deutschland seine Einheit zurückgewonnen. An diese Chance haben wir über 40 Jahre lang geglaubt und uns von niemandem beirren lassen. Zu Recht.

Unsere Politik ist darauf ausgerichtet, daß das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert des Friedens, der Freiheit, des wirtschaftlichen Erfolgs und der sozialen Gerechtigkeit wird, in Deutschland, in Europa und weltweit.

Dafür sind wir in der Pflicht. Die Weichen müssen jetzt gestellt werden. Wir haben ein stabiles Fundament, wir haben eine Vision, wir haben ein klares Konzept.

Am 26. Januar 1953 diskutierte der CDU-Bundesvorstand unter der Leitung von Konrad Adenauer auch über die „Kleine Steuerreform“, die dann im Juni 1953 im Bundesgesetzblatt stand.

Finanzminister Schäffer (CSU) trug das Konzept vor. Er stellte zwei zentrale Anliegen in den Mittelpunkt:

- „1. Das System der Steuervergünstigungen und damit der verschiedenen Kategorien von Steuerzahlern soll grundsätzlich abgebaut werden.
2. Die Anpassung des progressiven Systems unserer Einkommensteuer an die gesunkene Kaufkraft soll dadurch erreicht werden, daß eine Senkung der Tarife vorgenommen wird.“

Danach gewannen CDU und CSU im September 1953 mit 45,2 Prozent fast die absolute Mehrheit der Sitze im Deutschen Bundestag und erreichten 1957 mit 50,2 Prozent das beste Ergebnis.

Mit unserem Konzept wollen wir diese Erfolge wiederholen.